

NIEDERSCHRIFT

ÜBER DIE
ÖFFENTLICHE SITZUNG DER
VERBANDSVERSAMMLUNG

des

**REGIONALEN PLANUNGSVERBANDES
SÜDOSTOBERBAYERN**

am Donnerstag, den 07. Dezember 2006

im neuen Bürgerzentrum in Burgkirchen an der Alz

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 12:40 Uhr

Der Vorsitzende eröffnete um 10.00 Uhr die Sitzung. Er stellte fest, dass die Einladung mit Schreiben vom 06.11.2006 ordnungsgemäß erfolgte. Die Einladung enthielt auch die Tagesordnung. **Der Vorsitzende** begrüßte dann alle Anwesenden. Insbesondere

- Herrn **Zweiten Bürgermeister Eckl** für die herzliche Gastfreundschaft und die Möglichkeit, im Bürgerzentrum der Gemeinde tagen zu dürfen
- **Frau Jakob** und **Herrn Schröck** vom Bürgerzentrum bzw. der Gemeinde Burgkirchen für die freundliche Unterstützung bei der Vorbereitung
- Herrn **leitenden Regierungsdirektor Grassler** von der Regierung von Oberbayern (höhere Landesplanungsbehörde)
- Herrn **Regionsbeauftragten Bauer** von der Regierung von Oberbayern
- Herr **Ministerialrat Laven** von der obersten Landesplanungsbehörde (BaySTMWIVT)

und die Referenten des heutigen Tages:

- Herrn **Professor Auweck** vom Gutachtertteam zu TOP 3
- Herrn **Baudirektor Albert** von der Regierung von Oberbayern zu TOP 4
- Herrn **Burger** (Leiter des Referats IuK-Wirtschaft der IHK München) zu TOP 5.

Ein besonderer Gruß galt auch der Presse.

Anschließend wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt. Sämtliche Mitglieder des Verbandes sind ordnungsgemäß geladen worden. In der Verbandsversammlung waren 83 Verbandsmitglieder mit insgesamt 1142 Stimmen anwesend. Die Anwesenheitsliste ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Einstimmig wurde dann die Tagesordnung beschlossen.

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden
2. Grußwort vom Zweiten Bürgermeister Franz Eckl, Gemeinde Burgkirchen
3. Entwicklungskonzept für die Region 18:
Kurzer Sachstandsbericht

(Vortrag von Herrn Prof. Auweck, Gutachtertteam)

4. Geplante Hochwasserschutzmaßnahmen des Freistaates Bayern im Bereich der Region Südostoberbayern in den Jahren 2006 und 2007 sowie Zuschuss-Situation für Gewässer dritter Ordnung.
(Vortrag von Herrn Baudirektor Albert, Regierung von Oberbayern)
5. Informationen zur Breitbandinitiative
(Vortrag von Herrn Burger, Leiter des Referats IuK-Wirtschaft, Abt. Innovation, Umwelt, IuK bei der IHK)
6. Landesentwicklungsprogramm Bayern:
Verabschiedung von Herrn Ministerialrat Laven, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
7. Wünsche und Anfragen

Bevor der Vorsitzende in die Tagesordnung einstieg, wies er mit der Verkehrsfreigabe für das Teilstück der Autobahn A 94 von Ampfing bis Winhöring, also der Umfahrung von Mühlendorf, durch das Bundesverkehrsministerium auf die Besonderheit des heutigen Tages hin.

Der **Vorsitzende** machte darauf aufmerksam, dass von der 141 km langen Gesamtstrecke der A 94 zwischen dem Autobahnkreuz München-Ost und der A 3 bei Pocking dem Verkehr nun 44 km zweibahnig und 14 km einbahnig zur Verfügung stehen. Mehr als ein Drittel des Gesamtprojekts ist damit fertiggestellt.

Der **Vorsitzende** sprach im Namen des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern die besten Wünsche aus und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass mit der Verkehrsfreigabe ein wichtiger Schritt in Richtung Infrastrukturverbesserung in der Region realisiert wurde.

Danach wurde in die Behandlung der Tagesordnung eingetreten.

2. Grußwort von Zweitem Bürgermeister Franz Eckl, Gemeinde Burgkirchen an der Alz

Herr **Zweiter Bürgermeister Eckl** begrüßte die Anwesenden. Er sei stolz, dass die Verbandsversammlung im neuen Bürgerzentrum der Gemeinde, dass am 05.05.2005 feierlich eröffnet wurde, stattfindet.

Anschließend stellte Herr **Zweiter Bürgermeister Eckl** die Gemeinde Burgkirchen an der Alz vor.

Burgkirchen an der Alz ist eine Gemeinde im Landkreis Altötting (Regierungsbezirk Oberbayern). Gemeindeteile sind Gendorf, Holzen und Hirten an der Alz. Gendorf ist eines der Hauptzentren des Bayrischen Chemiedreiecks.

Die Gemeinde hat eine Fläche von 46,14 km², 10.659 Einwohner und eine Bevölkerungsdichte von 231 Einwohner je km².

Haupterwerbszweige in der Gemeinde sind mit 62,2 % das Produzierende Gewerbe sowie mit 31,9 % der Dienstleistungsbereich. Die Landwirtschaft spielt mit 5,9 % der Beschäftigten eine Rolle.

Als bedeutende Sportanlagen sind zu nennen: Eisstadion „Keltenhalle“ Burgkirchen, Alzstadion Burgkirchen, Freibad Burgkirchen, Skateplatz.

Seit 05.05.2005 besteht das Bürgerzentrum Burgkirchen.

Burgkirchen unterhält Partnerschaften mit

- Wingen-sur-Moder (Elsass, Frankreich), Kontakte seit 1972, Partnerschaftsvertrag seit 1977

Burgkirchen unterhält Freundschaften mit

- Kazincbarcika (Ungarn), Kontakte seit 1990, Freundschaftsvertrag seit 1998
- Sânnicolau Mare (dt. Groß-Sankt-Nikolaus; ungarisch Nagyszentmiklós) (Banat, Rumänien), Kontakte seit 1989, Freundschaftsvertrag seit 2004

Die formellen Freundschaftsverträge sind dem Partnerschaftsvertrag mit Wingen-sur-Moder gleichgestellt.

Für die Aktivitäten zur Verbreitung des "Europäischen Gedankens" wurden Burgkirchen und Wingen-sur-Moder im Jahr 2004 mit der "Ehrenfahne des Europarates" ausgezeichnet. Die Ehrenfahne wurde in Burgkirchen am 16. Oktober 2004 und in Wingen-sur-Moder am 20. November 2004 offiziell überreicht.

3. Entwicklungskonzept für die Region 18:

Kurzer Sachstandsbericht (Vortrag von Herrn Prof. Auweck)

Vor den Ausführungen von Prof. Auweck erläuterte der **Vorsitzende** nochmals Werdegang und Sachstand des Entwicklungskonzepts für die Region 18. Er erklärte die Notwendigkeit des Gutachtens insbesondere hinsichtlich der besonderen Grenzlage der Region, der demografischen Entwicklung und dem sich ändernden Europa.

Nachdem sich seit der letzten Verbandsversammlung vom 23.11.2005 einiges getan hat, ließ der Vorsitzende die wichtigsten Stationen nochmals Revue passieren:

17.01.2006: Erste Sitzung (konstituierende Sitzung) der Lenkungsgruppe:

- Vorstellung der einzelnen Angebote.
- Auswahl der Anbietergemeinschaft Prof. Auweck, Prof. Haas (LMU München), Prof. Magel (TU München), Kohl & Partner.

Die Lenkungsgruppe hat die Aufgabe, eine kontinuierliche Koordination, Kooperation und Information unter den Hauptbeteiligten sicherzustellen und die jeweils nach Arbeitsfortschritt erforderlichen fachlichen und öffentlichkeitswirksamen Arbeitsschritte zu bestimmen.

Die Lenkungsgruppe hat folgende Zusammensetzung:

- fünf Landräte
- Frau Oberbürgermeisterin
- aus jedem Landkreis ein Vertreter der Gemeinden
- 1 Vertreter des Ministeriums,
- 1 Vertreter der Regierung von Oberbayern,
- 1 Vertreter des Regionalen Planungsverbandes (insgesamt 14 Mitglieder) bzw. deren Vertreter.

31.03.2006: Vertragsunterzeichnung zwischen dem Regionalen Planungsverband Südostoberbayern und der Anbietergemeinschaft.

18.05.2006: Gebietsbesuche des Planungsbüros in den Landkreisen AÖ und RO sowie in der Stadt RO.

30.05.2006: Gebietsbesuche des Planungsbüros in den Landkreisen MÜ, TS und BGL.

19.07.2006: Zweite Sitzung der Lenkungsgruppe:

- Vorstellung des Ablaufs und der Zeitplanung
- Vorstellung des Untersuchungsansatzes
- Vorstellung der Untersuchungsschwerpunkte
- Vorstellung der Ergebnisse aus den Gebietsbesuchen
- Billigung des ersten Sachstandsberichts

26.09.2006: Expertengespräche Tourismus in den Landkreisen MÜ, AÖ und RO/RO.

27.09.2006: Expertengespräche Tourismus in den Landkreisen TS und BGL.

27.09.2006: Expertengespräche Ländlicher Raum in Landkreis und Stadt RO.

10.10.2006: Expertengespräche Wirtschaft I (Themenbezogen).

12.10.2006: Expertengespräche Wirtschaft II und III (Themenbezogen).

17.10.2006: Expertengespräche Ländlicher Raum in den Landkreisen AÖ, MÜ, TS und BGL.

28.11.2006: Dritte Sitzung der Lenkungsgruppe. Erster Zwischenbericht:

- Ablauf der Expertengespräche
- Vorstellung wesentlicher Aussagen des Zwischenberichts
- Diskussion und Billigung des Zwischenberichts
- Weiteres Vorgehen

Fritz Auweck, Professor für Landschafts- und Regionalentwicklung an der Fachhochschule Weihenstephan sowie Sprecher des Gutachterteams, präsentierte im Anschluss erste Analysen zu Demografie, Wirtschaft und Tourismus.

Dass Städte und Gemeinden gemeinsam planen müssten, erläuterte Auweck anhand von Wanderungsstatistiken am Beispiel Rosenheims. Die kreisfreie Stadt zählte vor allem junge Bildungswanderer, im Landkreis hingegen sei die Zahl der zugezogenen Familien sehr hoch. Allgemein zeichne sich jedoch bis 2020 ein Rückgang der Wanderungsgewinne ab. Gleichzeitig werde die Bevölkerung durchschnittlich immer älter. Um mehr Zuwanderer anzulocken, müssten Städte und Gemeinden familiengerechter planen sowie das Bildungsangebot ausbauen und vernetzen, schloss Auweck.

Handlungsbedarf äußerte Auweck auch im wirtschaftlichen Bereich. Komplizierte Verwaltungsregelungen hemmten die zukunftsorientierte Entwicklung. Vor allem sei zu bemängeln, dass sich Gewerbetreibende zu wenig auf den internationalen Markt ausrichten. Zwar habe die Region viele konkurrenzfähige und qualitativ hochwertige Produkte anzubieten, müsse diese aber noch besser vermarkten.

Beim Tourismus könne die Region vor allem von Österreich lernen, erklärte Auweck. Dort stehe die Bevölkerung viel mehr hinter dem Tourismus. Lebendige Ortskerne erhöhten zusätzlich die Attraktivität. In der Region Südostoberbayern werden Siedlungen hauptsächlich außerhalb gebaut, im Inneren sterben die Ortschaften aus, kritisierte Auweck.

Mit elf Millionen Übernachtungen im Jahr sei die Region ähnlich stark wie Kärnten mit rund 10,5 Millionen Übernachtungen, stellte der Verbandsvorsitzende fest. Insgesamt sei die Anzahl der Übernachtungen in den Jahren 2001 bis 2005 leicht zurückgegangen, erwiderte Auweck. Die Region Südostoberbayern biete wenig 4- oder 5-Sterne-Betriebe, der Anteil der Kleinvermieter mit bis zu neun Betten sei deutlich höher als in Österreich. Um den Tourismus zu fördern, müsse die Region zusammenarbeiten und eine professionelle Organisation der Kleinbetriebe vorantreiben, empfahl Auweck. In diesem Zusammenhang stellte der Verbandsvorsitzende auch die Bedeutung des Tagestourismus heraus. Weil sich viele Veränderungen abzeichneten, seien Strategien für die Zukunft schon jetzt notwendig, erklärte Auweck.

Um die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam effektiver bewältigen zu können, sei deshalb u.a. ein überkommunales / interkommunales Handeln unabdingbar.

In der anschließenden Diskussion forderte Rosenheims **Landrat Dr. Gimple** mehr konkrete Vorschläge und genaue Handlungsanweisungen von den Planern und bei der Umsetzung die Unterstützung des Freistaats Bayern.

Die Versammlung fasste **einstimmig** folgenden Beschluss:

Vom Sachstand wird zustimmend Kenntnis genommen.

4. Geplante Hochwasserschutzmaßnahmen des Freistaates Bayern im Bereich der Region Südostoberbayern in den Jahren 2006 und 2007 sowie Zuschuss-Situation für Gewässer dritter Ordnung (Vortrag von Herrn Baudirektor Albert, Regierung von Oberbayern)

Der **Verbandsvorsitzende** wies darauf hin, dass es mittlerweile unumstritten ist, dass auf Grund des Klimawandels mit immer mehr Überschwemmungen gerechnet werden muss. Auch die Ausmaße dieser Überschwemmungen werden weiter zunehmen. Höhe, Häufigkeit und jahreszeitliche Verteilung der Niederschläge werden sich dabei immer stärker auswirken. Bisher seltene Hochwasserereignisse werden immer häufiger.

Der **Verbandsvorsitzende** erinnerte daran, dass auch in der Region Südostoberbayern in den vergangenen Jahren erhebliche Schäden durch Hochwässer zu verzeichnen waren. Er wies darauf hin, dass der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern deshalb in der letzten Sitzung vom 03.07.2006 die Bitte ausgesprochen hat, diese Thematik heute zu behandeln.

Herr **Baudirektor Albert** von der Regierung von Oberbayern referierte im Anschluss über „geplante Hochwasserschutzmaßnahmen des Freistaates Bayern im Bereich der Region Südostoberbayern in den Jahren 2006 und 2007 sowie Zuschuss-Situation für Gewässer dritter Ordnung“.

Anhand von Niederschlagsszenarien verdeutlichte Albert eingangs die Niederschlagssituation im Bereich Südostoberbayern.

Die Klimaerwärmung wirkt sich auch auf Südostoberbayern aus. Wenn die Gletscher schmelzen, werden sich die Wassermassen anders verteilen, so Albert. Daraus resultierten eine Zunahme regionaler Hochwasserereignisse, mehr Überschwemmungen auch im Winter sowie Wassermangel im Sommer. Erste Alarmzeichen waren die Hochwässer von 1999, 2002 und 2005. Allein im unteren Mangfalltal gingen Untersuchungen im Falle eines Jahrhunderthochwassers von einem Schadenspotenzial in Höhe von einer Milliarde Euro aus. Mit 40 Bauabschnitten sei das Tal momentan die größte Baustelle der Region, so Albert. Das Wasserwirtschaftsamt Rosenheim schätze die Kosten auf etwa 40 Millionen Euro.

Mit etwa gleich hohen Kosten rechne auch das Wasserwirtschaftsamt Traunstein für technische Hochwasserschutzmaßnahmen in den Landkreisen Traunstein, Altötting und Berchtesgadener Land. Dazu zählt laut Albert vor allem ein Gemeinschaftsprojekt mit Österreich zur Stabilisierung der Salzach. Hinzu kämen einzelne Maßnahmen an der Tiroler Achen, der Traun sowie der Alz. Außerdem soll das Speicherpotenzial des Königssees genutzt werden, um Hochwässer abzufangen.

Warum sich die Durchführung der Maßnahmen oft schwierig gestaltet, erläuterte **Bürgermeister Schweiger** in der anschließenden Diskussion. Die Bürger gehen vor das Verwaltungsgericht, weil sie keine Grundstücke abgeben wollen, so der Bürgermeister von Feldkirchen-Westerham im Landkreis Rosenheim. Dass dadurch 50 bis 200 Maßnahmen blockiert würden, bestätigte Baudirektor Albert. Dies führe nicht nur zu zeitlichen Verzögerungen, sondern auch zu organisatorischen

Problemen, kritisierte Schweiger. Die meisten Kommunen könnten seinen Ausführungen zu Folge die Kosten der Projekte nur über Beteiligungsleistungen finanzieren, indem sie Grundstücke mit einbringen oder Bauwerke unterhalten.

Der **Verbandsvorsitzende** wendete in diesem Zusammenhang ein, dass entsprechende Nutzungsvereinbarungen sinnvoller seien als ein Grundstücksverkauf. Mit Landwirten ließe sich leichter verhandeln, wenn sie ihren Grund weiter nutzen können, erklärte der **Verbandsvorsitzende**. Hilfen beim Ernstfall müssten aber gewährleistet bleiben. Bei landwirtschaftlichen Flächen, die als natürliche Rückhaltebecken dienen, gebe es auch die Möglichkeit privatrechtlicher Vereinbarungen, erklärte **Baudirektor Albert**. Nach jedem größeren Hochwasser würden die Besitzer der Rückhalteflächen entsprechend entschädigt.

Schwieriger sei die Realisierung von technischen Hochwasserschutzmaßnahmen. Wenn Bauwerke wie Deiche errichtet werden müssen, liege der Unterhalt in der Verantwortung des Freistaats. Der Kauf des entsprechenden Grundstücks sei durch haushaltsrechtliche Bestimmungen vorgeschrieben.

Zum Wohle der Allgemeinheit wird man nach den Ausführungen von **Baudirektor Albert** auch in Zukunft um das Rechtsverfahren der Enteignung nicht herum kommen. Dies sei jedoch der allerletzte Schritt. In der Regel komme es zu einvernehmlichen Einigungen. Gutachter, die zumeist selbst aus der Landwirtschaft kommen, garantierten den Landwirten eine angemessene Entschädigung, so **Albert**.

Finanzielle Schwierigkeiten sah **Bürgermeister Kloo** vor allem auf die Kommunen zukommen. Dass sich Gemeinden an den Maßnahmen mit bis zu 40 % beteiligen müssen, ist aus Sicht des Kolbermoorer Bürgermeisters im Landkreis Rosenheim nicht finanzierbar. Doch EU-Zuschüsse wird es laut **Albert** nicht geben, denn Zuwendungen der EU gibt es nur für den Freistaat als Unternehmensträger, so der **Baudirektor Albert**. Allerdings hätten Städte und Gemeinden die Möglichkeit, sich mit Grundstücken und Unterhaltsleistungen langfristig einzubringen.

Auch Maßnahmen an Gewässern dritter Ordnung wie Bäche werden hauptsächlich die Kommunen finanzieren müssen. Nach **Baudirektor Albert** zeichnet sich die Tendenz ab, dass Zuschüsse niedriger werden. Dennoch setze er auf die Mitwirkung der Kommunen und die Nähe zum Bürger. Hochwasserschutz funktioniere seiner Meinung nach nur als ein geschlossenes System, an dem sich alle beteiligen müssten. Dies gelte nach **Albert** um so mehr, weil Probleme nicht selten verdrängt würden, denn nach ungefähr zwei Jahren haben die meisten ein Hochwasser wieder vergessen, schloss **Baudirektor Albert** seinen Vortrag.

Bürgermeister Schützinger, Gemeinde Grabenstätt, setzte sich dafür ein, dass die Zuschuss-Situation nicht verschlechtert wird.

Bürgermeister Haslreiter, Gemeinde Unterwössen, erinnerte an die Hochwässer in der Gemeinde Unterwössen von 2002 und 2005. Planung und Umsetzung des Hochwasserschutzes habe in der Gemeinde begonnen. Der **Bürgermeister** hob in diesem Zusammenhang die vorbildliche Unterstützung des Wasserwirtschaftsamtes Traunstein hervor.

Die von Herrn Baudirektor Albert gezeigten Folien zur Förderung bzw. Nichtförderung sind dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Die gesamte PowerPointPräsentation von Herrn Albert ist auf der Homepage des Regionalen Planungsverbandes unter nachfolgenden Adressen einsehbar:

Hinweis: Wegen der großen Datenmenge kann das Öffnen bzw. Herunterladen einige Minuten dauern.

http://www.region-suedostoberbayern.bayern.de/aktuelles/TOP4_Vortrag_%20HWS.pdf

http://www.region-suedostoberbayern.bayern.de/aktuelles/TOP4_Vortrag_%20HWS.ppt

Die Verbandsversammlung fasste **einstimmig** folgenden Beschluss:

Vom Sachstand wird zustimmend Kenntnis genommen.

5. Informationen zur Breitbandinitiative (Vortrag von Herrn Burger –IHK–)

Der **Verbandsvorsitzende** machte darauf aufmerksam, dass der schnelle Anschluss ans Internet und schnelle Datenverbindungen für die Wirtschaft immer wichtiger werden. In den Ballungsräumen sei ein DSL-Anschluss schon Standard. Doch „auf dem flachen Land“ würde es anders aussehen. Bei vielen Gemeinden sähe es schlecht aus mit der Anbindung an leistungsfähige Netze, die Unternehmen würden darunter leiden. Der Verbandsvorsitzende wies darauf hin, dass die IHK eine Initiative gestartet hat, damit auch außerhalb der Ballungsräume DSL kein Wunschtraum bleibt.

Viele Unternehmen machen ihre Standortentscheidung nicht mehr nur vom Angebot an klassischer Infrastruktur abhängig, sondern auch von der Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs, betonte der Vorsitzende. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, benötigten sie einen Breitbandanschluss. Dies hätte eine Blitzumfrage der IHK für München und Oberbayern unter oberbayerischen Unternehmen in ländlichen Gebieten ergeben. Danach hielten 89 Prozent der Befragten einen breitbandigen Internet-Anschluss für wichtig, mehr als 45 Prozent sogar für unverzichtbar.

Um einen Überblick über die Situation in unserer Region zu erhalten, referierte im Anschluss **Herr Burger** von der IHK München und Oberbayern über das Thema Breitbandinitiative.

Ein Internet-Portal soll die gezielte Versorgung der Kommunen mit DSL vereinfachen. Die Kompetenz vor Ort ist der Erfolgsschlüssel für das ganze Problem, erklärte Herr Burger. Den Bürgermeistern schlug er vor, Unternehmer oder

engagierte Bürger als Breitband-Paten einzusetzen. Ein Internetportal soll ab Januar eine bedarfsorientierte Suche nach Anbietern ermöglichen. Das diene der gezielten Vorbereitung auf Regionalmessen, so Burger. Nach dem Konzept der IHK ermitteln die Paten die genaue Zahl an Unternehmen und Privathaushalten, die eine DSL-Versorgung benötigen. Die gesammelten Daten sollen DSL-Anbieter in einem nicht öffentlichen Internet-Portal einsehen können, um auf dieser Grundlage ein verbindliches Angebot abgeben zu können. Bislang sind höchstens 60 % der geographischen Fläche in Deutschland mit DSL versorgt, erläuterte Burger. Der Ausbau des Breitband-Netzes sei nur durch einen Mix aus Kabel- und Funkverbindungen sowie über Satelliten realisierbar.

Laut Burger gibt es in Deutschland fünf bis zehn größere Anbieter. Eine Vielzahl kleinerer Anbieter habe kostengünstige Lösungen, sie seien jedoch kaum bekannt. Einen Leitfaden zur Breitbandversorgung und das Portal will die Initiative im Januar präsentieren. Eine größere Informationsveranstaltung ist laut Burger für Juli 2007 geplant.

Der **Verbandsvorsitzende** betonte in der Diskussion, dass die Kommunen relativ hilflos seien, wenn sie nicht wüssten, welcher Anbieter nachhaltig der Bessere sein wird. Der Verbandsvorsitzende schlug vor, dass zunächst die Wirtschaftsförderer in den Landkreisen sich der Sache annehmen sollten. Sie sollen auf die Gemeinden zugehen, um die von Herrn Burger vorgeschlagene Methode voranzutreiben und eine Bündelung der Nachfrage erarbeiten.

Bürgermeister Kebinger, Gemeinde Soyen berichtete, dass es im Gemeindebereich keine DSL-Verbindungen gebe, statt dessen drei verschiedene Ortsvorwahlnummern. Funk-DSL sei zwar versprochen worden, passiert sei aber noch nichts.

Die PowerPointPräsentation von Herrn Burger ist auf der Homepage des Regionalen Planungsverbandes unter nachfolgender Adresse einsehbar:

<http://www.region-suedostoberbayern.bayern.de/>

Die Verbandsversammlung fasste **einstimmig** folgenden Beschluss:

Vom Sachstand wird zustimmend Kenntnis genommen.

Zunächst sollen die Wirtschaftsförderer in den Landkreisen jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine Bedarfsanalyse durchführen und die IHK bei der Breitbandinitiative unterstützen.

6. Landesentwicklungsprogramm Bayern: Verabschiedung von Herrn Ministerialrat Laven, Bayerisches Staats- ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Anlässlich des Ausscheidens von Herrn Ministerialrat Laven bedankte sich der Vorsitzende für die langjährige gute Zusammenarbeit.

Im Folgenden ist die Rede des Vorsitzenden abgedruckt:

„Sehr geehrter Herr Ministerialrat Laven!

In wenigen Tagen scheiden Sie aus dem Berufsleben aus.

Lange Jahre (39 !) hindurch waren Sie fester Bestandteil der Bayerischen Landesplanung.

Sie haben wesentlich an den verschiedenen Ausgaben des Landesentwicklungsprogramms Bayern mitgewirkt. In diesem Zusammenhang waren Sie für uns stets ein kompetenter und fairer Ansprechpartner. Und, was noch viel wichtiger ist, Sie nahmen sich auch immer die notwendige Zeit für unsere Belange, für unsere Fragen und unsere Anregungen. Ihr Einsatz und Ihre Regionsverbundenheit ging sogar soweit, dass Sie zu einer wichtigen Sitzung des Planungsverbandes eigens mit dem Fahrrad von ihrem Feriendomizil in Siegsdorf nach Traunstein geradelt sind. Dafür wollen wir uns sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

Ich glaube, das tägliche Arbeitspensum im Büro wird Ihnen fehlen, und Sie werden sogar bald all die Konferenzen mit Geschäftspartnern und Kollegen vermissen. Vielleicht geht Ihnen nach einigen Wochen sogar der Kontakt mit uns, den Gemeinden und Landkreisen ab, auch wenn wir mit unseren Wünschen auch gelegentlich einmal lästig waren.

Es kann ja auch Spaß machen, Dispute auszufechten, Streitereien zu bereinigen und Probleme zu lösen. Dies gerade auch im Hinblick auf die schier unlösbare Aufgabe, allen Ansprüchen beim Verfassen des Landesentwicklungsprogramms gerecht zu werden.

Es trifft sicherlich zu, dass es einige Zeit dauern wird, bis Sie sich ganz vom Arbeitsalltag abgenabelt haben. Schließlich brachten Sie Ihre ganze Person in die Landesplanung ein. Sie waren dieser Aufgabe mit Haut und Haaren verfallen. Sie waren - bzw. Sie sind ein Planer aus Leidenschaft.

Aus diesem Grund bin ich aber auch zuversichtlich, dass Ihnen die Umstellung vom Büromenschen zum Privatmann nicht gar so schwer fallen wird.

Denn als exzellenter Kenner der einschlägigen Rechtsliteratur, insbesondere des Raumordnungsgesetzes und des Landesplanungsgesetzes, werden Sie künftig keine Schwierigkeiten haben, auch bei der privaten Raumordnung – also bei der Ordnung der Räume, Zimmer und dergleichen – den Zielen der Raumordnung entsprechend dem Art. 3 Abs. 1 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes gerecht zu werden.

Hier heißt es u.a.:

„ Ziele der Raumordnung sind verbindliche, räumlich und sachlich bestimmte oder bestimmbare Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamtraums und seiner Teilräume...“ und so weiter.

Ich bin überzeugt, dass Sie mit der Hilfe Ihrer Frau Gemahlin bzw. unter deren Anleitung die entsprechenden ordnungspolitischen Vorschriften auch im Privatbereich trefflich umsetzen werden.

In diesem Sinne darf ich Ihnen im Namen des Regionalen Planungsverbandes Südostoberbayern für die kommenden Jahre Glück und Gesundheit und einen angenehmen Ruhestand mit neuen Aufgaben wünschen, doch die ohne Sollen und Müssen.

Danke und Alles Gute.“

Soweit die Ausführungen des Vorsitzenden.

Herr **Ministerialrat Laven** bedankte sich beim Vorsitzenden für die persönlichen Worte und bei der Verbandsversammlung für den Applaus.

Herr **Ministerialrat Laven** wünschte der Region Südostoberbayern weiterhin alles Gute und bat auf Grund der fortgeschrittenen Zeit, sein vorbereitetes Skript der Niederschrift beizufügen. Das Statement ist als Anlage 2 beigefügt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keinen Beschluss.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erklärte **der Vorsitzende** die Sitzung um 12.40 Uhr für beendet.

Traunstein, den

.....
Hermann Steinmaßl
Landrat und Verbandsvorsitzender

.....
Hans Zott
Geschäftsführer